



Diese Wirtschaftspolitik, die in dem Beschluß der Partei Ober den Zweijahrplan festgelegt ist, und auf der Ersten Parteikonferenz weiterentwickelt wurde, hat bereits im letzten Halbjahr eine Reihe Fortschritte in der Festigung der demokratischen Ordnung und in der Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung gebracht. Die Zeit der Erfolge hat begonnen.

Wohl wurde im Sinne der Durchführung der Beschlüsse der Ersten Parteikonferenz erreicht?

Der Wirtschaftsplan für das erste Halbjahr des Zweijahrplanes wurde nicht nur erfüllt, sondern vor allem durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung übererfüllt. Der Beschluß unserer Partei, die Hauptkraft auf die Entwicklung der Grundstoffindustrien zu konzentrieren, hat sich als richtig erwiesen, denn durch die Übererfüllung des Planes der Erzeugung von Roheisen, Rohstahl, Steinkohle, Braunkohlenbriketts, Schwefelsäure, Düngemitteln, Zellwolle wurde die Produktionssteigerung in allen anderen Industrien und auch die Erhöhung des Außenhandels ermöglicht. Die Belieferung der Bevölkerung mit Textilien wurde verbessert, der Import von Lebensmitteln erhöht und das Bauwesen entwickelt. Diese Erfolge wurden erzielt durch die Entwicklung der Wettbewerbsbewegung mit dem Hauptinhalt der Erhöhung der Arbeitsnormen, der Erhöhung der Qualität der Produktion und der breiteren Anwendung des Leistungslohnes.

In den volkseigenen Betrieben hat der Kampf um die Erhöhung der Qualität der Produktion und um die strenge Einhaltung des Finanzplanes begonnen.

Auf Grund des Beschlusses der Ersten Parteikonferenz schlugen die SED-Vertreter in der Deutschen Wirtschaftskommission die Verordnung über das Vertragssystem zwischen privaten Betrieben und volkseigenen Betrieben vor, das den Privatunternehmen breitere Möglichkeiten der Unternehmerinitiative gewährt und muß. Auch die Betriebe, die nicht auf Grund des Wirtschaftsplanes in das Vertragssystem einbezogen werden, insbesondere die Handwerksbetriebe, haben die Möglichkeit, ihre Produktion zum Nutzen der besseren Versorgung der Bevölkerung zu entwickeln.

In der Landwirtschaft wurden durch die Schaffung der Maschinenausleihstationen den Klein- und Mittelbauern maschinelle Kräfte zur Verfügung gestellt, wodurch der Ertrag des Bodens erhöht und die Arbeit des Bauern erleichtert wird. Durch die Schaffung der Vereinigung der volkseigenen Güter und die Verbesserung der Arbeit dieser Güter wird auch den Bauern geholfen, die hochwertiges Saatgut und Zuchtvieh von ihnen beziehen können. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind zu fördern. Der Bau der Neubauhäuser ist planmäßig durchzuführen.

Die Durchführung dieser Maßnahmen in Verbindung mit der Einführung der Hektarveranlagung für die Ablieferung tierischer Produkte ermöglichte die Verbesserung der Werks Verpflegung, die Erhöhung der Milchration für Kinder und Kranke und die Freigabe von Gemüse und Obst.

Durch das Gesetz über die Anbaupflicht soll verhindert werden, daß Ackerboden un bebaut bleibt.

Auf Initiative der Ersten Parteikonferenz wurde das Landarbeiterschutzgesetz der Deutschen Wirtschaftskommission eingebracht, um die Rechte der Ländarbeiter gesetzlich zu sichern und ihre Lage zu verbessern.

Unsere Vorschläge zur Verbesserung der Lage der werktätigen Bauern in bezug auf die Sozialversicherungspflichtbeiträge für mitarbeitende Familien-

angehörige sowie auf Änderung der Feuerversicherungsprämie wurden von der DWK angenommen, ebenso die anderen Vorschläge in bezug auf Vereinfachung des Saatgutbezuges, vermehrte Belieferung mit Düngemitteln, Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Vorschläge über die Änderung im Steuerwesen bedürfen noch einer weiteren Beratung. Auf Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission wurde eine Steuerreform durchgeführt, die eine Senkung der Steuern für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet.

Zum Kampf gegen die Spekulation brachte die SED einen Vorschlag ein, der von der Deutschen Wirtschaftskommission zum Gesetz erhoben wurde.

Die von der Ersten Parteikonferenz beschlossenen Maßnahmen zur Verkürzung des Handelsweges und Erschwerung der Spekulation durch Schaffung von Großhandelszentralen, die mit den volkseigenen Betrieben verbunden sind, wurden eingeleitet. Die Störung der Warenzirkulation durch Hortung oder nicht rechtzeitige Abberufung von Waren durch staatliche Stellen wurde zum Teil behoben. Dadurch wurde auch die gewerbliche Tätigkeit erleichtert.

Die erhöhte Produktion von Baustoffen, die doppelt so hoch ist als im vorigen Jahr, ermöglichte es, mit dem Neuaufbau der Großstädte zu beginnen. Um auch die privaten Gelder für den Wiederaufbau der Häuser zu mobilisieren, wurde eine Neuregelung des Kreditwesens vorgeschlagen, wodurch auch an private Hausbesitzer Kredite gewährt werden. Die Planmäßigkeit des Neuaufbaus und die rationelle Verwendung der Baustoffe soll durch die Schaffung der Hauptverwaltung für Bauwesen gewährleistet werden.

Damit die Umsiedler in jeder Hinsicht wirklich gleichberechtigte Bürger der deutschen Heimat sind, hat das Politbüro die Genossen in der Deutschen Wirtschaftskommission ersucht, den Umsiedlern größere Unterstützung bei der Arbeitsbeschaffung zu gewähren, ihre Wohnverhältnisse zu verbessern und Massenbedarfsartikel zu angemessenen Preisen sowie durch Gewährung von Zahlungerleichterungen zur Verfügung zu stellen.

Im Sinne der Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse in der Ostzone hat das Politbüro vorgeschlagen, die volle Gleichberechtigung aller Bürger einschließlich der früheren Mitglieder der Nazipartei und der früheren Offiziere herbeizuführen.

### Schwächen und Mängel unserer Arbeit

Die Erfüllung der Beschlüsse der Ersten Parteikonferenz über den Aufschwung der Friedenswirtschaft und die Besserung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung vollzieht sich unter den schwierigen Bedingungen, die durch die furchtbaren Kriegsfolgen, durch die Spaltung Deutschlands und mit dem Widerstand feindlicher Elemente verursacht sind.

Alle diese Schwierigkeiten und Hindernisse können nur auf dem Wege eines möglichst breiten Aufschwunges der Arbeitsaktivität und der politischen Aktivität der Massen erreicht werden. Das erhöht die Verantwortlichkeit unserer Partei, die die Interessen der Volksmassen vertritt.

Es zeigt sich, daß die leitenden Parteiorgane die Grundorganisationen nicht genügend anleiten, den Mitgliedern nicht genügend den politischen und ökonomischen Sinn der neuen Beschlüsse und Gesetze erklären und die Parteiorganisationen im staatlichen Verwaltungsapparat nicht genügend Initiative entfalten für die richtige Durchführung dieser Maßnahmen. Sektiererisches Unverständnis der Rolle der Parteiorganisation als Leiter und Erzieher der Massen und als führende